

„Folgen der Zwangsaussiedlungen bis heute spürbar“ Landesbeauftragter fordert Sensibilisierung bezüglich Situation Betroffener

Vor 65 Jahren wurden zwischen dem 5. und 8. Juni 1952 in Nacht-und-Nebel-Aktionen in Thüringen mehr als 3.500 Personen aus dem DDR-Grenzgebiet zur Bundesrepublik ins Landesinnere zwangsausgesiedelt. Mit dem Mauerbau am 13. August 1961 wurde eine zweite erzwungene Aussiedlungswelle eingeleitet, von der in Thüringen knapp 1.600 Personen betroffen waren. Durch sogenannte Kreisverweise wurden Menschen auch an anderen Orten in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR, ihrer Heimat und ihres Eigentums entfremdet. Die Einschnitte für jene Menschen und ihre Freunde und Verwandten waren tiefgreifend. Die Zwangsausgesiedelten verloren Haus, Hof und die Heimat. Freundschaften wurden zerstört und Familien auseinandergerissen; viele über Jahre als Staatsfeinde verdächtigt.

Die Befriedung der Opfer der Zwangsausweisungen ist bis heute ein Thema. Der Landesbeauftragte Christian Dietrich hält eine gesellschaftliche Sensibilisierung bezüglich der Situation Betroffener für dringend nötig: „Jedem Menschen, dem die Heimat genommen, der enteignet, der gesellschaftlich ausgegrenzt wurde, sollte ein geachteter Platz in unserem Land zuteilwerden“. Um das zu erreichen bedarf es aus Sicht des Landesbeauftragten weiterhin:

- der Aufklärung von Zusammenhängen und Verantwortungsstrukturen
- einer juristischen und moralischen Verurteilung des Unrechts
- der gesellschaftlichen Unterstützung für die Betroffenen
- einer Kultur der Erinnerung, die Raum für unterschiedliche Erfahrungen lässt
- jener Institutionen, die dafür sorgen, dass dies heute und zukünftig geschieht.

Marie-Luise Tröbs, Vorsitzende des Bundes der in der DDR Zwangsausgesiedelten (BdZ), erklärte jüngst, dass die durch den Rechtsstaat erlassenen Verfahrensregelungen mit Hilfe der Entschädigungsgesetze nicht die Erwartungen der SED-Opfergruppe erfüllten. Vielmehr würde dadurch das Gefühl der Benachteiligung und Ungleichbehandlung untermauert. „Mit dieser Situation findet sich der Vorstand des BdZ e.V. nicht ab und hofft, dass die konstruktive sowie vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Thüringer Landesregierung zu einer positiven Wende führt“, so die Bundesvorsitzende.

Das Ausmaß der Zwangsaussiedlungen in Thüringen lässt sich anhand einer interaktiven Karte begreifen. Zur Sicherung des Grenzregimes mussten DDR-weit insgesamt rund 11.000 Menschen ihre Heimat aufgeben. Aus mehr als 200 Grenzorten in Thüringen wurden Menschen zwangsausgesiedelt. Die Karte gibt Informationen, in welchen Jahren es zu Aussiedlungsaktionen kam und in welcher

Form (Gedenksteine, Gedenkstätten, Grenzmuseen etc.) vor Ort an das Unrecht erinnert wird. Die Karte ist auf www.thla-thueringen.de abrufbar.

Eine Einführung in die Geschichte der Kreisverweise und Zwangsaussiedlungen und deren Aufarbeitung finden Sie über folgenden Link: <http://www.thla-thueringen.de/index.php/startseite/jahresthema/421-flucht-und-vertreibung-in-thueringen>.

In diesem Zusammenhang sind die vorläufigen Ergebnisse der Internationalen Tagung zu Zwangsmigration als kommunistisches Herrschaftsmittel vom April 2017 hier einsehbar: <http://www.thla-thueringen.de/index.php/778-zwei-beitraege-der-internationalen-konferenz-vertreibungen-im-kommunistischen-herrschaftsgebiet-zum-nachlesen-online>.

Pressekontakt

Hendrik von Quillfeldt,
Referent für Öffentlichkeitsarbeit und politische Bildung

Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (ThLA)
beim Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Straße 1 | 99096 Erfurt
Tel. +49 (0) 361 57 3114-956 | Fax +49 (0) 361 57 3114-952
www.thla-thueringen.de | quillfeldt@thla.thueringen.de